

Allee-Retter treffen Straßenbauamts-Chef

Bad Oldesloe/ol – Nachdem der Finanzausschuss den zusätzlichen 370 000 Euro für den Ausbau der B 75 zugestimmt hat, fällt in der Stadtverordnetenversammlung heute wahrscheinlich das endgültige Todesurteil für die 235 Bäume. „Über die wahren Gründe, weswegen die Bäume weichen müssen, gab es in letzter Zeit Irritationen“, beklagt der ehemalige Grünen-Stadtverordnete Uwe Stephenson. Es sei nicht der Radweg, auch nicht die Verbreiterung um einen Meter, sondern angeblich der Wunsch, die südliche Baumreihe zu retten. Dafür müsse die Fahrbahn nach Norden gerückt werden, um so mehr Platz für die südlichen Bäume zu gewinnen.

Am Mittwoch kommt der Chef des Straßenbauamts, Gerhard Diedrichs, zu einem Gespräch mit den Gegnern und Bürgermeister

von Bary nach Oldesloe. Weil das Treffen nur Sinn mache, wenn es noch Verhandlungsspielraum gebe, wollen Grüne und SPD beantragen, dass die Stadtverordneten die Mehrkosten doch nicht bewilligen.

Laut Stephenson verstoße die Planung gegen alle Alleen-Schutz-Richtlinien von Bund und Land. „Dass eine Verschiebung der Fahrbahn die Südbäume länger am Leben erhalten soll, halte ich zudem für unwahrscheinlich“, betont der Ingenieur.

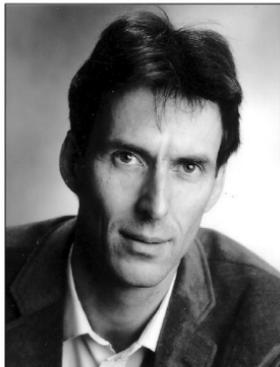
Die stellvertretende SPD Fraktionsvorsitzende Maria Herrmann moniert, dass die Argumente der Naturschutzverbände nicht aus-

reichend berücksichtigt worden seien. Sie zitiert aus einem Schreiben des Nabu: „Da die Bäume immer an der Straße gestanden haben, leben sie von Anfang an hauptsächlich von dem Teil des Wurzelwerks, der nicht unter der Straße liegt. Wenn man die vorhandene Straße wegbaggert, um die Trasse in größerem Abstand von den Alleebäumen neu zu bauen, dann ist für die Bäume die Gefährdung durch diese Arbeiten größer als der Nutzen.“

Die Bäume hätten auch mit Straße noch eine lange Lebenserwartung. Maria Herrmann: „Durch die Baumaßnahmen würden – auch

bei zwei Metern Abstand – die Südbäume erheblich in Mitleidenschaft gezogen.“ Herrmann und Stephenson sind der Überzeugung, dass am Mittwoch durchaus noch neue Gesichtspunkte herauskommen können und appellieren deshalb an die anderen Parteien, den Verhandlungsspielraum „nicht voreilig zu beschneiden“.

Durch die deutlich gestiegenen Kosten bestehe eine Möglichkeit, ohne Regressforderungen von der Auftragsvergabe zurück zu treten. Stephenson: „Die Vorgaben des Straßenbauamts sind nicht diktatorisch gewesen, wie von der Verwaltung in Bad Oldesloe quasi behauptet. Es gibt für Vieles einen Ermessensspielraum.“ Der sei aber von Verwaltung und CDU bisher offensichtlich nicht genutzt worden. Leichtfertig sei stattdessen dem Abholzen zugestimmt worden.



Uwe Stephenson.